

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Bezugspreis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 8808.

Inseratengebühr  
für die sechsgespaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

# Das Parlament der Arbeit

Leipzig, 21. Juni.

Der elfte deutsche Gewerkschaftskongress ist vorgestern zusammengetreten. Seine Abgeordneten haben bei ihrer Ankunft dem besorgten Auge himmelwärts geschaut. Bleigrau, nassschwer zeigte sich am Sonntag Leipziger Lustbad. Ein feiner Wasserstaub fidierte durch das Wolkenstieb herunter. Die bange Frage drängte sich auf, ob denn bei der Wahl desjenigen, der in der Kongresswoche für das Weitermachen angestellt, eine glückliche Hand gewaltet habe. Indes, die Gründe, die solche Erwägungen anstellen hießen, verschwanden mit dem Fortschreiten des Sonntags. Das Wolkenstieb verstopfte sich, das Wetter hellte sich auf, milde Sonnenstrahlen lockten ins Freie. Für viele umsonst. Denn der Nachmittag wie der Abend des Sonntags waren von den Fraktionen der drei Richtungen oder von den Abordnungen verschiedener Verbände oder von den Anhängern bestimmter Anträge zu Sonderberatungen angefüllt. Die kommunistischen Vertreter waren, so hieß es, schon seit zwei Tagen bei der Vorberatung, was lange Resolutionen, viele Anträge und lange Reden befürchten läßt, so daß es dem Kongress an Drucksachen nicht fehlen wird. Die 160köpfige Abordnung der Metallarbeiter prägte sich am Sonntag abend in einem Raum des Volkshauses, um Kenntnis über den Stand einiger sie besonders berührenden Fragen zu nehmen und über ihre Stellung Klar zu pflegen.

So unterrichtet und vorbereitet machten sich am Montag in der achten Morgenstunde die Abgeordneten auf den Weg zum Zoologischen Garten, ein städtisches Lokal, das mit seinen meilen Räumen dem tausendköpfigen Kongress erträgliche Unterkunft bietet. Die Delegierten kamen mit wohlgefüllten Aktenstücken anmarschierend. Was sie wohl darin verstaubt haben mochten? Handbücher, Resolutionen oder gar Konzepte für Reden und andere Explosivstoffe? Diese Annahme ist so unwahrscheinlich nicht. Denn es ist ja männiglich bekannt, daß mancher Delegierte daheim heilig versprochen, auf dem Kongress dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes in proletarischer Deutlichkeit zu sagen, was er, der Vorstand, an Notwendigem unterlassen, an Schädlichem verübt habe. Die Erinnerung an die vielerorts in Aussicht gestellte Kritik oder Anklage mochte hier und da Befürchtung für den geordneten Verlauf des Kongresses und für das amtliche Dasein der Leiter des Bundesvorstandes wecken lassen. Die Neulinge in Kongresssachen wenigstens mögen solchen Erwartungen gefrönt haben. Der kundige Zehner indes sieht den Dingen mit kühler Gelassenheit entgegen. Aus persönlicher Erfahrung weiß er, daß schon auf der Reise zum Kongressort viel von der Kritikluft der Brust entweicht. Und selbst wenn sie ihre volle Fülle bis ins Kongresslokal bringt, dessen Luft muß ihr sicher Eintrag tun. Hier tauchen dem Drang zu Kritik und Anklage Gemütskräfte, Dämpfungen auf, wovon man daheim auf bekanntem Boden kaum etwas ahnen konnte. Wie leicht war es, daheim in der Mitgliederversammlung das Tun und Lassen des weit aus der Hörweite stehenden Vorstandes zu kritisieren, wie unwiderleglich wurde die Beweisführung gehalten, wie einhellig auf dem Beifall, wie selbstverständlich, daß die gleiche Rede auf dem Kongress die nämliche Wirkung haben werde? Allein, wie kann der Mensch sich trüben! Es braucht kein tagelanges Einatmen der Kongressluft, um herauszufinden, daß es hier mit der Kritik eifrig Schwierigkeiten haben muß, für die Unwiderlegbarkeit der Beweise bescheiden, und daß für den Glauben an einmütige Zustimmung verstreut wenig Zeichen sprechen. Die für die Kritik anseherne Zeitung ist nun innerhalb der Hörweite, von ihr ist zu befürchten, daß sie Gründe für ihr Tun und Lassen vorzubringen weiß oder gar unferndlich genug ist, scharfe Kritik ebenso zu erwidern. Ganz abgesehen davon, daß jetzt, wo der Rede die Gegenrede unmittelbar folgt, die alte, die vorgesehene Meinung oft unhaltbar wird. Zu diesen sachlichen Umständen, die die Betätigung der Kritikluft hemmen, kommen noch die technischen. Auf dem Wege zwischen Wortmeldung und Worterteilung steht die Guillotine, Debattenschluß genannt, die un menschlich und menschenfreundlich zugleich wirkt: un menschlich, weil sie selbst der schönsten Rede den Weg in die Öffentlichkeit versperrt; menschenfreundlich, weil sie manchem Redemütigen den Ruf, ein Weiser zu sein, erhält. Zur Meisterung der vielen sachlichen und technischen Schwierigkeiten bedarf es einer gewissen Erfahrung und etwas Geschick, mit deren Aneignung man auch die Erkenntnis erwirbt, daß es mitunter recht gut ist, die in der heimischen Versammlung so heiß gefochte Suppe auf einem Kongress fast aufzutragen, soll sie dem, der sie aufträgt, keine Braudmunden erzeugen.

Diese Erwägungen verboten, der vielfach gehegten Annahme beizutreten, daß dieser Kongress sich lebhaft, nein stürmisch verlaufen werde. Der Glaube an den ruhigen, sachlichen Verlauf der Verhandlungen konnte auch nicht durch die hohe Zahl von Anträgen, die eine Mißtrauensumgebung gegen diese oder jene Stelle der Bundesleitung und die Entlassung dieses oder jenes Beamten fordern, erschüttert werden.

Unsere Auffassung von dem ruhigen Verlauf des Kongresses haben die ersten drei Tage vollaus bestätigt; die noch folgenden werden, dessen sind wir gewiß, hierin keine Änderung bringen. So sehr auch die Meinungen auseinander gehen mögen, wie hart auch der Richtungsstreit die Geister beherrschen mag, die aberwärtige Mehrheit des Kongresses ist viel zu stark von der Liebe zur gemeinschaftlichen Sache besetzt, als daß Sachlichkeit, Ruhe, Disziplin und schließlich der Erfolg gefährdet werden könnte.

Was den elften Gewerkschaftskongress von seinen Vorgängern angenehm unterscheidet, ist die beispiellos zahlreiche Vertretung der Internationale und der deutschen Regierungen. Vor

ber rot angeschlagene Bühne sahen einige Duzend Abgeordnete ausländischer Gewerkschaften, so der Sekretär der Amsterdamer Internationale, Edo Fimmen, der in Körperbeschaffenheit und Geste an den holländischen Minneker gemahnt und deutsch noch besser wie ein Deutscher spricht. Neben Fimmen sitzen der Franzose Fouhaug (sprich: Schuoh), der Deutsch-Österreicher Hueber, der Schweizer Dürr, der englische Landarbeitersekretär Walker, zu denen sich die Vertreter aus Skandinavien, Holland, Belgien, Polen und noch anderen Ländern gesellen. Zu den Weidensgenossen, daß sie nichts inbrünstiger als innigste Zusammenarbeit mit dem neuen Deutschland wollen, fügt sich von deutscher Seite die Hoffnung, daß ihnen nicht die Kraft fehlen möge, ihren Wunsch auch bei ihren Regierungen durchzusetzen. Die Liste der amtlichen Gäste waren gleichfalls reich besetzt. Die Reichsregierung hat den in Gesinnung und Rede sympathischen Reichsarbeitsminister Dr. Brauns abgeordnet, zu dem sich eine lange Reihe von andern Ministern und Regierungsräten gesellte. Sonach läßt, wie der Bundesvorsitzende Leipart launig bemerkte, das rote Licht keine abstoßende Wirkung mehr auf die deutschen Regierungen aus.

Die Reden der ausländischen und amtlichen Gäste wurden mit hoher Anteilnahme und Genugtuung entgegengenommen und mit lautem Beifall verbannt. Noch mit eher noch stärkerem Interesse wurde die Behandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung: Bericht des Bundesvorstandes verfolgt. Daß es hier zu einer Messung der Geister, zu einer Auseinandersetzung der verschiedenen Meinungen über die taktische Haltung des Bundesvorstandes, zu einer Darlegung des Standpunktes der drei politischen Richtungen kommen werde, ließ unter andern die Wahl von drei Hauptrednern mit je einer Stunde Redezeit annehmen. Die kommunistische Richtung hatte den Kollegen Walcher, die unabhängige den Kollegen Dismann, die mehrheitssozialistische den Vorsitzenden der Fabrikarbeiter, Frey, als ihren Wortführer erkoren. Der gesamte Kongress verfolgte die Ausführungen aller drei Redner mit gebührender, kaum feigerungsfähiger Anteilnahme. Die beiden Wortführer der oppositionellen Gruppen, Walcher und Dismann, legten die scharf kritische Sonde an der Tätigkeit des Bundesvorstandes an. Mit ihrer Kritik hätten sie bedeutend mehr Zustimmung gefunden, wenn sie weniger unterlassen hätten, zu sagen, wie es bei der Fülle der Schwierigkeiten besser zu machen, schneller auf dem Wege zum Sozialismus vorwärts zu kommen ist. Daß auch die Mehrheit des Kongresses die Tätigkeit des Bundesvorstandes gerne erfolgreicher gesehen hätte, ist bekannt, nur haben sie die ungeheuren Schwierigkeiten noch keine befriedigende Antwort auf das Wie finden lassen. Die beiden oppositionellen Redner hätten um ihres Standpunktes willen gut daran getan, mehr von ihrer Redezeit diesem Wie, der Hauptsache, zu widmen. Ihr Nachfolger auf der Rednerbühne, Frey, begann gleich mit diesem Wie. Er war seinen Vorrednern gegenüber dadurch im Vorteil, daß er seine Zeit nicht der Kritik zu widmen brauchte, sondern mehr von ihr für die von allen gestellte Frage verwenden konnte. Und man muß sagen, daß er seine Aufgabe mit vorzüglichem Geschick und Erfolg gelöst hat. Nachdem er geendet, war jeder Zweifel an der Art der Entscheidung über die Haltung des Bundesvorstandes als auch das Schicksal der Mißtrauensanträge entschieden. Die große Auseinandersetzung ist zugunsten des Bundesvorstandes entschieden. Diese Aussprache betraf in der Hauptsache allerdings nur Getanes oder Unterlassenes, also die Vergangenheit. Viel wichtiger aber ist das für die Zukunft zu Tuende, die Zukunft. Hierüber haben die nächsten Kongressstage zu entscheiden. Erst wenn diese vorbei, wird ein abschließendes Werturteil über diese Tagung des Parlaments der Arbeit möglich sein.

## Verhandlungsbericht

Erster Tag.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Genosse Leipart (Berlin) eröffnet gegen 9 Uhr den Kongress mit einer herzlichsten Begrüßung auf Saar Belgien, die die Delegierten lebhaft anhörend. In seinen Nachruf bezieht Leipart alle ein, die seit 1919 abberufen worden sind. Dann gibt er einen Überblick seit 1893 in Galberstadt, schildert die besonderen Aufgaben der Leipziger Tagung und mahnt zur Einigkeit im Interesse der Arbeiterklasse. (Beifall.)

Im Namen der Leipziger Arbeiterklasse begrüßt Schilling (Leipzig) den Kongress. Er überbringt die herzlichsten Wünsche der gesamten Arbeiterklasse.

Im Namen der Stadt Leipzig begrüßt Stadtrat Dieke den Kongress, nach ihm sprach

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Im Namen der Reichsregierung begrüße ich den 11. Kongress des ADGB und wünsche seinen Beratungen einen guten Verlauf und besten Erfolg. Insbesondere ist das von mir betreute Reichsarbeitsministerium an den Verhandlungen des Kongresses interessiert. Falls doch alle vom Kongress zu behandelnden großen Fragen auch in das Arbeitsgebiet des Reichsarbeitsministeriums. Wenn das Ministerium auch nicht in allen praktischen Einzelheiten ihren Wünschen bis zum letzten nachkommen konnte, so darf ich doch mit Bestimmtheit feststellen: Überall, wo gewerkschaftliche Grundzüge in Frage kommen, gehen wir ein, und allezeit haben wir zusammenarbeiten können auf dem Boden des gegenseitigen Vertrauens. Ich wünsche und hoffe, daß es fernhin so bleiben wird, solange ich auf meinem gegenwärtigen Posten ausdauern mag.

Die freien Gewerkschaften können auf ihrem gegenwärtigen Kongress ein gewaltiges, in diesem Ausmaß nie dagewesenes Aufwachen be-

tum feststellen. Mit diesem äußeren Wachstum sind aber auch die Aufgaben der Gewerkschaften beträchtlich erweitert worden und die Bewegung hat die Bewegung auch vor ganz neue Probleme gestellt. Als erste wichtige Aufgabe betrachte ich die

gewerkschaftliche Schulung der neu gewonnenen Mitglieder massen.

Ich begrüße es aufrichtig, daß es dem ADGB gelungen ist, trotz aller Meinungsverschiedenheiten in seinen eigenen Reihen die gewerkschaftliche Geschlossenheit zu wahren. Mit dem Wachstum der Gewerkschaften und mit einer Reihe von Einzelergebnissen der letzten Jahre hängt es zusammen, daß die Frage der Stellung der Gewerkschaften zum Staate heute eine wichtige Rolle spielt. Das Problem Gewerkschaft und Staat tritt uns heute entgegen bei manchen Fragen des Arbeiterrechts, die noch der Lösung harren. Ich denke an das Tarifrecht, das Berufsvereinsrecht und an die zur Debatte stehende Schlichtungsordnung. Es kann nicht geleugnet werden, daß einzelne Arbeitgebergruppen, die sich unmittelbar nach der Staatsumwälzung und angeht die Gefahren der Revolution mit dem Gewerkschaftsgebanen absanden, heute versuchen, den an die Arbeitnehmerschaft verlorenen Boden wiederzugewinnen, ein Werk, das hier und da schon wieder bis zur Verneinung des Gewerkschaftsgebändens geführt hat. Vorübergehend schien die gelbe Bewegung überwunden und der rein gewerkschaftliche Gedanke das Feld zu behaupten. Heute taucht die gelbe Idee, wenn auch in anderer Begründung und in anderer Form erneut auf. Heute wird die gelbe Bewegung zu politischen Zwecken und mit politischen Mitteln gefördert.

In Verbindung damit steht die schwierige Frage der Einführung eines gewissen Organisationszwangs, oder sagen wir besser der Vorbereitung der organisierten Arbeiter vor den unorganisierten. Anders ausgedrückt, handelt es sich um die Frage, ob die Gewerkschaften sich nur durch ihre Propaganda oder auch dadurch durchsetzen wollen, daß sie, sei es mit Mitteln der Gesetzgebung, des Tarifvertrages, des Ausbegehrens in die Organisation einfügen. Wenn es nicht gelingt, die richtige Lösung zu finden, so könnte dies zu einem Zerfall der Gewerkschaftsbewegung führen, der unheilvolle Wirkungen für die Allgemeinheit nach sich ziehen müßte. Ich hoffe, daß der heute eröffnete Kongress der freien Gewerkschaften uns ein Stück weiter auf dem Wege zur richtigen Lösung der gewerkschaftlichen Probleme führen wird und wünsche der Tagung in diesem Sinne namens der Reichsregierung einen geistlichen Verlauf, zum Wohle der Arbeiterschaft und zum Wohle des gesamten deutschen Volkes. (Beifall.)

Es sprachen noch Begrüßungsworte Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, sächsischer Minister Kistau, vom internationalen Gewerkschaftsbund Fimmen (Holland), der von 16 Millionen außerdeutscher Gewerkschaftsmitglieder Grüße überbringt. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die deutschen Gewerkschaften ihre Pflicht dem Kapitalismus gegenüber erfüllen.

Dann sprachen die auswärtigen Gäste: Hueber (Österreich), Dr. Blaemynt (Belgien), Walker (England), Johanson (Stockholm), S. Fajzi (Budapest), Zulawski (Warschau) und andere, die sämtlich lebhaften Beifall ernten. Besonders treffliche Ausführungen macht Walker, der sagt, daß die englischen Arbeiter es satt haben, die vielen fruchtlosen Beratungen der Regierungen mit anzusehen. Mehr als 10 Millionen Proletarier sind in England ohne Arbeit und Brot. Wir haben keinen Gag gegen Deutschland, wir wollen in friedlicher Wettkampf die Menschheit vorwärts bringen.

Aufhäuser vom Abend sprach die herzlichsten Grüße im Namen der freigewerkschaftlichen Angestellten aus. Hoffman (Hamburg) sprach für den Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Dann konnte in die Wahl des Präsidiums eingetreten werden. Als Vorsitzende werden Pálow (Bauarbeiter), Leipart (Goldarbeiter), Reichel (Metallarbeiter) gewählt.

Die Nachmittagsitzung

beginnt mit der Wahl der sechs Schriftführer in folgender Reihenfolge: Sad (Fabrikarbeiter), Faah (Landarbeiter), Reichel (Zettlarbeiter), Rudolf (Schuhmacher), Wirth (Transportarbeiter), Ruhn (Eisenbahner). Zu erregten Debatten kommt es bei dem Geschäftsordnungspunkt, der die namentliche Abstimmung auf Antrag von 100 statt wie bisher von 50 Delegierten hinaufsetzen will. Dismann warnt, die Metallarbeiter seien dafür nicht zu haben. Sollte aber doch abgeändert werden, dann mache er einen Vermittlungsvorschlag auf 75 Delegierte. (Seitert.) 335 Stimmen erklären sich für die Zahl 100, 304 sind dagegen.

Es wird die Mandatprüfungskommission gewählt. Dann werden 21 Mitglieder zur Vorberatung der Anträge bestimmt. Hierbei wird ein Antrag abgelehnt, zwei kommunistische Vertreter noch dazu zu wählen, da nicht nach Parteizugehörigkeit entschieden werden soll.

Nachdem eine Reihe Anträge auf Abänderung der Tagesordnung gestellt, begründet und durch Abstimmung verneinend entschieden worden sind, erfaßt der Vorsitzende des Bundesvorstandes, Leipart, seinen Geschäftsbericht. Er beginnt mit einem brüderlichen Abschiedsgruß an die an Polen fallenden Mitglieder in Oberösterreich. Sodann geht er zum Eisenbahnerstreik über. Von seinem Beginn an habe der Bundesvorstand Solidarität angedoten, die aber abgelehnt worden ist.

Ohne jede Verständigung mit den freien Eisenbahnern und mit uns trat die Lokomotivführer in den Streik. Es ist etwas anderes, ob die Metallarbeiter oder die Eisenbahner streiken, welche letztere alle Arbeiter in Mitleidenschaft ziehen. Das war die größte Mißachtung. Die Lokomotivführer haben das Streikrecht der Eisenbahner geübt. Freilich haben sie viele Gründe, die ihr Vorgehen entschuldigen und das Urteil über sie mildern. Große Not war es, was sie in den Streik trieb. Der

Achtundentag gilt als unantastbar.

Angriffe gegen den Achtundentag werden wir zu wehren wissen. Neuerdings wird von schematischer Anwendung des Achtundentages gesprochen, auch von eigenen Genossen. Das ist sehr ungesund. Aber es hat schon immer Zweifel gegeben, ihre „Reinheit“ ist keine vollkommene. Die Achtundentag ist, sondern ein Mangel an Verständnis für Arbeiterinteressen. (Sehr richtig!) Wir haben nie schematisiert. Denken wir an die Landarbeiter, Eisenbahner usw.

Unsere Verpflichtungen an Reparationen müssen mit dem Achtundentag in Einklang gebracht werden. (Sehr richtig!) Auch das

Vorgehen gegen die 46-Stundenwoche ist ein Kampf gegen den Achtstundentag. (Weißall.) Wir mehr: uns dagegen entschieden, denn die 46-Stundenwoche hat regelmäßig bestimmte Zweckbestimmung. Aber die zehn Punkte gab Leipzig längere Erklärungen ab. Die Kritiker sind wohl einig, daß die zehn Punkte sachlich begründet sind, aber heute und morgen noch nicht durchzuführen sind. Es ist Zielarbeit über den Tag hinaus, ein Programm. Es war eine Antwort an die Unternehmer, die ganz etwas anderes wollten. Die zehn Punkte haben dem Reichstag das Gewissen geschäftet und viel Böses verhütet.

Zu Aktionen, zu Kämpfen konnten wir aber die Arbeiter nicht auffordern, dafür war die Situation nicht reif. Ob man ein Volksbegehren beschreiben mag, darüber kann man reden. Es wäre eine Tat, wenn wir dadurch einen Weg für die Einigkeit fänden. (Mitteliger Weißall.)

**Zweiter Verhandlungstag.**

Der heutige Tag bringt eine Begrüßungsrede des französischen Gewerkschaftsführers Foucauz, der die deutschen Gewerkschaften als die Grundlage für den Frieden bezeichnet. Er arbeitet seit zwei Jahren an der Wiederherstellung. Nur die Zusammenarbeit der Arbeiter könne uns retten. Die Gewerkschaften aller Länder müßten sich einigen. (Lebhafter Weißall.)

Nachdem Vorsitzender Reichel herzlich gedankt hat, wird die Aussprache über den Geschäftsbericht eröffnet. Gemäß dem getriggen Beschluß erhalten die Sprecher der drei Richtungen eine Stunde Redezeit. Als erster Redner nimmt Walcher (Berlin) von der SPD das Wort. Er beginnt mit einer Schilderung der Lebenshaltung der Arbeiter, spricht über das ungenügende Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten, das Mitleiden der Reaktionen und der Klassenjustiz. Der Gewerkschaftsbund ist riesenhaft gewachsen, damit seine politische Bedeutung. Ohne ihn kann nicht regiert werden, gegen ihn noch weniger. Trotzdem hat das Unternehmertum an Boden gewonnen, wie kommt das? (Gelächter.) Weil der Bund eine falsche Politik geübt hat. Mit den Arbeitsgemeinschaften hat er eine schiefe Bahn betreten. Die Betriebsräte sind Beschäftigungsräte geworden, der Bund liebäugelt mit der Regierung. Die Betriebsräte-Zeitung wird von den Unternehmern gelobt. Wo soll das hinaus? Die Metallarbeiter-Zeitung hat sich gegen das

**Nachgeben in den zehn Punkten**

sehr lebhaft ausgesprochen. Das waren zehn Forderungen, die nicht den Kommunismus, nicht einmal den Sozialismus gebracht hätten, trotzdem habe der Bund keine Schritte dafür getan. Umbrichts Haltung in der Frage der Schlichtungsordnung ist unverfänglich. Die Arbeitslosenversicherung hat der Bund ebenfalls verkehrt behandelt; er hat das Prinzip der Arbeitslosenversicherung an die Stelle der Fürsorge gesetzt. Das war grundfalsch. Ich freue mich, daß wenigstens der Abschluß hier den Damer gespielt hat.

Der Eisenbahnerstreik ist nicht plötzlich ausgebrochen. Sie haben monatelang verhandelt. Gewiß war der Streik faktisch nicht klug, aber das dürfte dem Bundesvorstand nicht dazu bringen, zum Streikbruch aufzufordern. (Widerspruch.) Die Beamten wollten sich zu den freien Gewerkschaften schlagen. (Großer Widerspruch.) Der Beamte muß das Streikrecht haben, aber darüber ist der Bundesvorstand noch nicht mit sich einig. Auch international hat der Bund versagt: Er hat nie an proletarische Massenaktionen und nie an Klassenkampf gedacht. Die Lage Durchführung des ungarischen Boykotts, die Haltung Polen gegenüber sind Beweise dafür.

Die Gewerkschaftsführer überschätzen die Kraft des Kapitals und unterschätzen die eigene. (Lebhafter Widerspruch.) Sie verrennen sich in einer Schwärze, jeder revolutionäre Plan geht verloren. Kein Wunder, daß die Regierung mit den Gewerkschaften zufrieden ist. Die Gefühle der Arbeiter sind anders, sie wollen Abschaffung des kapitalistischen Systems, wie es lautet, wie es heute geübt haben. (Zurufe.) Deshalb macht Schluß mit den Arbeitsgemeinschaften, Schluß mit der „Strikmens“, damit die Gewerkschaften nicht zugrunde gehen. (Weißall bei der Opposition.)

Dihmann, der Redner der UEP-Richtung, führt aus: Seit Nürnberg hat sich gezeigt, wie recht wir dort mit der Kritik hatten. Wir haben vor den Arbeitsgemeinschaften gewarnt, überhaupt vor Volksgemeinschaften, die Arbeiterinteressen schädigen. Wir stehen heute auf der ganzen Linie in der Defensive, Schritt für Schritt will man uns zurückdrängen.

Der Eisenbahnerstreik mußte trotz der Mängel in der Vorbereitung unterdrückt werden. Die Haltung des Bundes war verfehlt. Wir haben das Koalitionsrecht für alle, auch für die Beamten, zu verlangen — auch wir haben uns schon in den Streiks und der Vorbereitung dazu vergriffen. Der Streik gegen die Eisenbahner galt nicht nur den Beamten — nach ihnen kommen die Arbeiter dran.

**Die Klassenjustiz ist geblieben,**

die soziale Rechtsprechung wird immer unternehmerfreundlicher. Das Betriebsratsgesetz wird von der Rechtsprechung geradezu mißbraucht.

**Der Sauerstoff, unsere Lebensluft**

Von Karl Hermann, Leipzig.

Hätte man früher über dieses Kapitel sprechen wollen, so wäre mancher wohl im Voraus rasch damit fertig gewesen. Lebensluft, das ist eben die Luft, die man braucht und dazu muß man die Fenster öffnen und viel ins Freie gehen. Eine solche Auffassung, in der sich leider auch heute noch das ganze chemische Wissen mancher Arbeiter erschöpft, war bei dem früheren Stand des Volkswissens kaum anders zu erwarten. Heute ist das freilich etwas anders. In jeder halbwegs fortgeschrittenen Vorlesung lernen es die Kinder bereits, daß Luft nicht eben Luft ist, sondern eine Mischung zweier Gase, Sauerstoff und Stickstoff. Jedes sind chemische Elemente, also nicht weiter zerlegbare Grundstoffe. Chemisch verbunden sind sie untereinander in der Luft aber nicht, sondern nur insofern miteinander vermischt. Das ist in wenigen Worten die Grundkenntnis der Zusammenfassung unserer Luft, deren Erzeugung etwa 180 Jahre zurückreicht. Es waren Gelehrte, die sich in der Geschichte der Chemie einen guten Namen begründeten, Lavoisier, Laplace, Berzelius. Das Ergebnis ihrer Forschungen war die Feststellung, daß das Sauerstoff- und das Stickstoffgas, die man beide schon ganz aus Seltenen künstlich dargestellt hatte, auch in der Luft in einem festen Verhältnis vorhanden sind. Auf dieser Grundkenntnis haben sich im Laufe der Zeit so viele wissenschaftliche Folgerungen und praktische Erfindungen aufgebaut, daß man aus der Naturkunde und Technologie der Luft in einem kurzen Aufsatz nur die Hauptmomente von der einen oder anderen Seite feststellen kann.

Der Sauerstoff ist unsere eigentliche Lebensluft, und zwar in einem doppelten Sinne. Einmal deshalb, weil nicht die gewöhnliche Luft, die wir atmen, für uns annehmbar ist. Wohl bringt sie durch Sauerstoff und Wasser in die Lunge, aber nur der Sauerstoff aus ihr befreit hat die wichtige Sauerstoffbindung des Blutes, was der unser ganzes Leben erhält. Der Stickstoff befreit sich an jenen Prozentsatz nur in geringem Maße und anderer Weise, zum größten Teil geht er fast unverändert mit dem Sauerstoffgemisch wieder fort. Auch einer so bedeutungsvollen Funktion bildet der Sauerstoff in der Luft nur ein kleines Mäuschen (21 v. H.), der Stickstoff hingegen den großen Rest. Er erscheint uns jedoch so, daß die Natur ein Rätsel damit in die ganze Menschheit bringt. Nicht darüber konnten die Wissenschaftler lange streiten, wie oder woher hier nur kommt, daß gerade nach der neuesten Entdeckung der Luft, die uns abermals die Augen öffnet, nur nur kein Feind, daß wir den Sauerstoff in so reichlichem Maße in der Luft besitzen.

Der Sauerstoff ist aber auch indirekt unsere Lebensluft; denn alle die Arbeit und Bewegung hingehen in unerschöpflichen Reibungen in Luft, Wasser und Festkörper, zu deren Feuer nötig ist, sind nur durch den Sauerstoff der Luft über überhaupt durch den Sauerstoff möglich. Er ist nicht selbst brennbar, aber er macht dabei mit, denn die Reibung während der Verbrennung vollzieht sich in folgender Weise. Die erste Phase, mit der man ein Feuerzünden beginnt, heißt die Zündung und ist es auf eine hohe Temperatur, bei der der

Eingehend polemisiert Dihmann gegen die Schlichtungsordnung, besonders gegen den § 55 und die Haltung des Bundesvorstandes. Die Technische Nothilfe ist ein Instrument der Reaktion, das sich gegen die Arbeiter wendet. In der Arbeitslosenversicherung daselbst wird die Versicherung wurde der Fürsorge vorgezogen. Die Sozialisierung ist auf „statistische Arbeiten“ zurückzuführen. Natürlich, wer in Arbeitsgemeinschaften sitzt, kann nicht schließlich mit dem Kapitalismus zur Sozialisierung kommen. Auch mit den Bauhütten allein ist keine Sozialisierung des Wohnungswesens möglich, wenn wir nicht beim Grund und Boden beginnen. Der Redner polemisiert dann gegen die Ernährungspolitik, gegen den Rohstoffwucher, die Preissteigerungen usw. Dies alles könne nicht in den Arbeitsgemeinschaften bekämpft werden, auch nicht durch Bestreben beim Stapellauf „Karl Liebknecht“.

Die zehn Forderungen des Bundes waren den Arbeitern aus dem Herzen gesprochen. Es ist aber nichts dafür geschehen. (Sehr richtig.) Die

**zehn Punkte müssen durchgesetzt**

werden, wenn auch nicht alle auf einmal. Das letzte Kampfmittel muß angewandt werden. (Weißall.) — Die Arbeit der Internationalen ist ein Aktivposten, über den wir uns freuen können. Die Kommunisten hätten Ursache, sich darüber zu freuen, was zum Beispiel in Rom beschlossen worden ist. (Zuruf: Vor dem Krieg ist auch schon beschlossen worden!) Ja, aber wir wollen uns neu einstellen. Der römische Gewerkschaftskongress ist ein Lichtpunkt, die deutschen Gewerkschaften müssen sich hinter seine Beschlüsse stellen. Wir betrachten es nicht wie die Kommunisten als unsere Aufgabe, das Haus, in dem wir arbeiten, zu bejudeken. Wir wollen auch unterstreichen, was uns

**Die Arbeitshand**

Sie wirbt nicht um Freunde mit Schmeicheln und Rosen, Zerpflückt nicht tändelnd die lieblichen Rosen, Die Hand, die der Arbeit, dem Schaffen geweiht. Manch einer mag edelnd zur Seite sich wenden, Daß ihn nicht berühre mit ruhigen Händen, Der, welcher zum Nichtstun gefunden nie Zeit. Doch wenn eine Stunde voll Leid hat geschlagen Dem Bruder, getreu hilft der Stärkere tragen, Es findet zum Druke die Hand sich zur Hand. Die Arbeiterhände, sie wollen zu heilen, Mitfühlend mit Ärmern ihr Lezies sie teilen, Weil ihnen selbst Elend und Not sind bekant.

Caroline Platter.

ein. Steuen wir alles Verbitternde zurück. Wir im Metallarbeiter-Verein zeigen, daß es geht. Denken wir, so schließt der Redner, an die elf Mann, die 1883 hier in Leipzig Jaisalle versammelt hatte, die die Hoffnung in sich trugen auf ihre Kraft. Laßt uns auch diesen Glauben und die Kraft in uns tragen. (Starker Weißall.)

Wey (Fabrikarbeiterverband) spricht für die mehrheitssozialistische Richtung: Ich rede nicht von einer Richtung, ich rede als Gewerkschafter. Ich frage mich:

**Wozu reichen unsere Kräfte?**

Diese so auszumähen, wie wir können, ist vierteljahr Kampf, ist Klassenkampf. Auch wer härt, radikal redet, hat nur die Kampfmittel wie wir. Ich kenne keinen freien Gewerkschafter, der nicht als Sozialist den Kapitalismus bekämpfen will. Die Voraussetzungen fehlen indes leider noch. Die Welt als Rohstoffquelle ist für Deutschland nötig.

Der Glaube, der größte Mut kann die fehlende Rohstoffquelle nicht ersetzen. Der Glaube an unseren Sieg verleiht keine Berge, schafft keine Rohstoffe.

Die Welt als Werkstoff ist zertrümmert und getrümmert, als Absatzmarkt ist sie nicht besser. Das aber sind wichtige Erwägungen, wenn es gilt, dem Sozialismus Wege der Erfüllung zu weisen. Eine sozialistische Sozial ist denkbar für einen phantastischen Monellisten, nicht für alle. (Lebhafter Weißall.) Was es etwa 1914 besser? Redner bringt dafür Zahlen. Es fehlt an geistiger Einstellung, an ökonomischen Voraussetzungen. Einmal ist kein Beweis für das gesamte Wirtschaftsleben. Es gibt auch Konzentrationen aus Mangel an Kapital, um Sicherungen gegen die Konkurrenz zu organisieren.

Wir haben zweimal zehn Punkte gehabt. Die ersten befaßten sich mit der Arbeitslosigkeit. Auch da wurde schon geschimpft, obgleich

Kohlenstoff des Materials selbst und in gewöhnlicher Weise sich mit dem Sauerstoff der hindurchströmenden Luft zu entweichendem Kohlenoxyd chemisch verbindet. Dadurch wird von neuem starke Wärme frei, die Gase glühen und leuchten — das neuerwachte, verflüchtigt erweichende Feuer. Die immer weiter erzeugte Hitze treibt das übrige Material zu fortwährender Verbrennung und überträgt sich als wärmehaltende Flamme nach außen. Ohne Sauerstoff jedoch ist ein solcher Verlauf der Verbrennung nicht denkbar.

Während der Sauerstoff in der Luft mit fast viermal soviel Stickstoff vermischt ist, hat man selbstverständlich schon allein aus wissenschaftlichen Gründen längst Mittel und Wege gesucht und gefunden, um dieses interessante Gas im reinen Zustande zu gewinnen. Das ist im Kleinen möglich, indem man gewisse feuerstoffsaltige Metallverbindungen so behandelt, daß sie einen Teil ihres Sauerstoffes freigeben. Es geschieht, wenn man in einer Glasröhre chloriertes Kalium oder Quecksilberoxyd vorsichtig erhitzt. Das Sauerstoffgas leitet man durch ein mittels eines Rohres an das Ende der Röhre angelegtes Glasrohr in einen Glaszylinder, der zunächst mit Wasser gefüllt und dann mit feiner Öffnung nach unten in ein flaches, ebenfalls mit Wasser gefülltes Gefäß gestellt wird. So wie dann das Gas in Wasser eintritt, muß das Wasser langsam aus dem Zylinder heraus und schließlich in ein Gefäß unter dem gewöhnlichen Sauerstoff, mit dem man experimentieren kann. Die Versuche damit gehören zu den schönsten, die uns die Experimentalküche überhaupt zu bieten vermag.

Als eigentliche Verbrennungsluft im reinen Zustande gestaltet der Sauerstoff jede Gasflamme viel glanzvoller, hell- und farbenreicher und jede Glut viel heißer, so daß zum Beispiel Holzstücke ein hellflames Licht leuchten, viele Metalle darin rasch schmelzen und verbrennen, wie beispielsweise Aluminium, Natrium, sogar das Eisen. Manche dieser Prozesse sind schon längst als außerordentlich praktische Verfahren zum Aufrechterhalten der Leucht geworden. Um deren Betrieb an Sauerstoff so beschleunigen, frachte man schon seit Jahrhunderten dieses Gas in geschlossenen, wirtschaflich in größerem Maße herzustellen. Welt daher jedoch die oben erwähnten Methoden nicht geeignet waren, wurde man neue erfinden und dabei zeigte es sich, daß man den Sauerstoff — der neben seinem Bestand in unzähligen Verbindungen des Mineralreichs, der Tier- und Pflanzenreichs in ungeheurer Menge im Luftmeer existiert — ziemlich schwierig für sich allein in großen Mengen

herzustellen mußte, weil man die beiden Gase aus der Luft trennen und beide getrennt aufbewahren mußte. Denken wir zum Vergleich an eine Mischung aus grobem und feinem Sand, dann würde man sie einfach auf ein Sieb werfen und den feineren hindurchfallen lassen. Etwas anderes ist es ja bei einer gasförmigen Mischung und doch hat man bei einer wesentlichen Mischung geteilt. Sie gründet sich auf die Eigenschaften einer festen Substanz, Sauerstoff durch ihre Poren durch zu lassen, aber die eine feiner, die andere langsamer. Zeit man ein perfektes Sieb mit einer solchen Gemischnheit in zwei Räume, so die Luft in einem solchen Siebe aus dem einen in den anderen bringen soll, so würde schließlich nachgewiesen sein, daß die Luft aus einem feineren Sauerstoffteil besteht. Die Methode

wir früher schlimmere Krisen hatten. Sollten wir es deshalb zum Generalstreik, zum Bürgerkrieg kommen lassen?

Zu dem zweiten zehn Punkten haben wir die gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht anwenden können. Wir haben in der Sitzung den Vergarbeitervertreter gehört. Ihm hat keiner widersprochen, als er sagte, es geht nicht bei Kohlenmangel und 20 Zentimeter Schnee einen gemeinsamen Kampf haben zu finden. Gätten wir gekämpft im Dezember, wir wären finanziell wohlhabender und organisatorisch getrimmter worden. Dann hätten im Frühjahr die Unternehmer die Offensivenergie gewinnen können, dann hätten sie bestimmt, was geschehen sollte. Ich bin Sozialist, ich glaube an den Sozialismus, aber nicht von heute auf morgen. Von 13 Millionen in der Industrie haben wir kaum 8 Millionen organisiert, darunter 5 Millionen, die nach bei 1914 nicht den Mut hatten, sich zu organisieren. (Lebhafter Weißall.)

Der Redner geht nun auf die Schlichtungsordnung ein. Ein unbegrenztes Streikrecht gibt es nirgends auf der Welt. Wenn ich an Rußland denke, so hat am 17. Februar 1922 der Russische Gewerkschaftsbund beschlossen, daß

Volkskampf und Streik für eine gewisse Zeit zurückzustellen sind (Sobor, hört!), selbst wenn das Privatkapital die Industrie beherrscht. Solange die Voraussetzungen für Sozialismus fehlen, ist das Spiel mit ihm Verrat am Sozialismus. (Lebhafter Weißall.) Rußland ist ein Beweis dafür, wo jetzt ausländische Kapitalisten die Produktion ins Werk setzen. Von Rechten für Beamte, Angestellte und Arbeiter zum Streik findet man in Rußland keine Spur.

Wey geht auf den Eisenbahnerstreik ein: Die Beamten machen Anspruch auf Lebensstellung und Pension, wollen aber auch die Konjunktur ausnützen. Wir wollen ihnen gerne helfen, aber so geht es nicht, wie die Eisenbahner es wollten. In welchem Lande ist schon einmal das Streikrecht für Beamte größer gewesen als bei uns? Über die Arbeitsgemeinschaften entscheiden die einzelnen Gewerkschaftenverbände, nicht der Kongress. Auch die Metallarbeiter sitzen im Eisenbahnerstreik mit Stinnes und Stinnesgenossen zusammen, ebenso in den Außenhandelsstellen. Ist das nicht auch „Sünde gegen den Klassenkampf“? Die Technische Nothilfe will wir auch nicht. Aber beim Streik der Landarbeiter in Sachsen hat man sie unter Zustimmung des sächsischen Gesamtministeriums verwandt, ebenso beim Eisenbahnerstreik. (Sobor, hört!)

Der Gewerkschaftsbund verdient den Tadel nicht, denn er bekommen hat, seine Politik ist richtig. Der Weg war richtig, er ist Vorbereitung zum Sozialismus. Gehen wir diese Straße, um uns von Enttäuschungen zu bewahren. (Lebhafter Weißall.)

In der Nachmittagsagung gibt die Mandatprüfungskommission Bericht. Danach sind 682 Delegierte anwesend, deren Mandate für gültig erklärt werden.

Dann wird die Aussprache über den Geschäftsbericht fortgesetzt. Genosin Faber (Berlin) begründet einen Antrag, worin mehr Aufmerksamkeit und mehr gesetzlicher Schutz für die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen sowie die Einrichtung von Stillklippen und Kinderheimen gefordert wird.

Paplow vom Bauarbeiterverband begründet dann folgenden Antrag zur Wohnungsfürsorge, worin verlangt wird:

Der 11. Kongress beauftragt den Bundesvorstand,

1. die von ihm eingeleitete gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens und der Baufürsorge weiter zu betreiben und die Reichsregierung sowie die Parlamente der Länder und Gemeinden darauf hinzuwirken, daß die Gewerkschaften den Kampf gegen Wohnungsnot und Wohnungsruher auf breiterer Grundlage aufnehmen müssen, wenn nicht wirklich durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung der ständig wachsenden Mißstände ergriffen werden;
2. die wirtschaftliche und finanzielle Macht der organisierten Arbeiterschaft in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen und im Bundesbüro eine Zentralstelle zu schaffen, deren Aufgabe es sein soll, die Überführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft planmäßig zu fördern und alle Bestrebungen innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung, die auf dieses Ziel eingestellt sind, zusammenzufassen.

Koenen (Galle, SPD) polemisiert gegen die Ausschüsse von Kommunisten aus den Gewerkschaften. Er meint, daß dadurch, daß ihnen ein Referat zum Vorstandsbereich gegeben worden sei, die Kommunisten anerkannt seien. (Widerspruch.)

Weyer (Renscheid) polemisiert gegen die Auffassung des Bundesvorstandes zum Eisenbahnerstreik und den zehn Punkten.

Dr. Lepp (Essen) tadelt den Bundesvorstand ebenfalls. Weiter Redner der Opposition bringen wesentlich neue Gesichtspunkte nicht vor. Rohur (Berlin, Eisenbahner) verbreitet sich über das Streikrecht der Beamten und den Beamtenbund. Die Lebenshaltung der Beamten sei sehr schlecht, raubte man ihnen das Streikrecht, würden sie schwer schädigen. Ein Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen, worauf sich der Kongress verlagert.

kommt aber für praktische Zwecke der Sauerstoffbereitung nicht in Frage, weil jener als „Diffusion“ bezeichnete Vorgang sich viel zu langsam abspielt.

Das einzige ältere Verfahren, den Sauerstoff aus der Luft zu trennen, das praktische Wertung erlangte, war das von Wrin, nach dem man gewöhnlich noch vereingelt arbeitet. Man benutzt dabei das Verhalten der Barhyerde, unter passender Umständen sich mit Sauerstoff zu verbinden und ihn unter geänderten Verhältnissen wieder abzutreiben. Barhyerde ist das Oxyd — d. h. eine chemische Verbindung mit Sauerstoff — von einem in der Mineralien Schwefel und Wismut enthaltenen Metall, Barium. Die genauere Bezeichnung ist deshalb Bariumoxyd. Der Betrieb gestaltet sich nach dem Wrin'schen Verfahren etwa folgendermaßen: Eine Öffnungsröhre besteht aus einem röhrenförmigen Retorten, gegen Druck und Luft genügend widerstandsfähig. Sie werden mit Bariumoxyd beschickt, verschlossen und auf bestimmte Temperatur erhitzt, doch erlauben außen angebrachte Rohrlöhren, vorgezogene Luft unter Druck hindurchzupumpen. Das warme Bariumoxyd spaltet aber nach dem Sauerstoff und verbindet sich damit zu einer neuen Oxydationsform, Bariumperoxyd, einer Substanz, die zweimal soviel Sauerstoff hat wie die erste. Man kann es also einfach so auflassen, daß sich aus der Luft eine gewisse, von der Menge des Bariumoxyds abhängige Quantität Sauerstoff darin niederschlägt. Wenn das vollendet ist, beginnt der Wechsel der Manipulationen. Man bringt das Retortenröhren mit einer Luftpumpe in Verbindung, die darin einen luftverdünnten Raum schafft, und steigert die Erhitzung. Das Bariumperoxyd läßt jetzt den vorher aufgenommenen Sauerstoff als Gas entweichen, das die Luftpumpe durch einen Kröpfer absaugt und nach einem Gasometer zur Aufspeicherung weiterdrückt. Die Beschickung der Retorten vermindert sich durch die Sauerstoffabgabe in gewöhnliche Barhyerde zurück, womit man den Prozeß von vorn beginnt und die Barifikation in dieser Beschickungsweise fortführt. Die Methode ist jedenfalls ganz praktisch, nur sind im Verhältnis zum Umfang der Apparatur und Arbeit die Mengen des erzielten Sauerstoffs minder reichlich.

Bessere Ansichten bestanden für die industrielle Gewinnung dieses Gases, als man zum Rohmaterial das Wasser wählte, in dem Sauerstoff mit Wasserstoff verbunden ist. Einen wenig komplizierten Weg bietet die sehr exakt arbeitende elektrolytische Zersetzung, die auf der chemischen Kraft eines Gleichstroms beruht, Substanzen in ihre Bestandteile zu zerlegen. Die dafür gebauten Apparate bestehen aus Doppelgefäßen mit Metallflächen, die unter die wässrige Flüssigkeit, verdünnte Säure oder Alkali, tauchen und mit ganz bestimmter Polarität an die zugehörigen elektrischen Leitungen angeschlossen sind. Der an den positiven Flächen entlehende Sauerstoff ist rein und braucht nur durch einfaches Auswaschen der mitgerissenen Flüssigkeitsläubchen etwas trockener gemacht zu werden, um in genügendem Zustand nach dem Gasometer zu gelangen. Der elektrolytische Sauerstoff war eine Zeitlang in der Industrie beliebt, ist aber in den letzten Jahren von dem wasser aus Luft gewonnenen Sauerstoff zum größten Teil verdrängt worden. Dessen Herstellung geschieht nach dem Wrin'schen Verfahren auf einer ganz anders beschaffenen Basis, deren Wesen und Entwicklung bei passender Gelegenheit ausführlich besprochen werden soll.

# Von der Hauswirtschaft zur Weltwirtschaft — von der Krähwinkelei zum Weltbürgertum

Das wirtschaftliche Leben beruht auf den menschlichen Bedürfnissen. Weil die Menschen Bedürfnisse verschiedener Art haben, die gedeckt und befriedigt werden müssen, deshalb müssen sie arbeiten und wirtschaften. Der Zweck des Arbeitens und Wirtschaftens ist also die Bedarfsdeckung und deshalb ist jede Wirtschaft im Grunde genommen eine Bedarfsdeckungswirtschaft. Der Kapitalismus hat dies ins Gegenteil umgedreht, indem er an die Stelle der Bedarfsdeckungswirtschaft die Erwerbswirtschaft gestellt hat: der moderne Kapitalist wirtschaftet nicht, damit die Menschen Gebrauchsgegenstände bekommen, das ist ihm völlig gleichgültig, er wirtschaftet, um möglichst hohe Ueberschüsse herauszubringen, die er dann als Kapitalien aufspeichert. Dies ist ein durchaus unnatürlicher Zustand und darum erstrebt der Sozialismus die Beseitigung der kapitalistischen Erwerbswirtschaft, die Millionäre züchtet und die Massen verelendet, und ihre Ersetzung durch eine organisierte Bedarfsdeckungswirtschaft, die eine Aufhebung von Reichthümern unmöglich macht, aber jedem Menschen, der seine Pflicht und Schuldigkeit tut, ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet.

Die Art und Weise, wie die Menschen die Bedarfsdeckung vorgenommen haben, hat sich im Laufe der Zeit vielfach geändert. In den frühesten Zeiten haben die Menschen alle Gegenstände, die sie gebrauchten, in ihrer eigenen Wirtschaft hergestellt, weil sie noch nicht die Möglichkeit hatten, Gebrauchsgegenstände einzutauschen. Diese Wirtschaftsform nennt man die geschlossene Hauswirtschaft, die auf der Eigenproduktion und der Selbstversorgung beruht. Die Angehörigen dieser Wirtschaftsgemeinschaft legten Wert darauf, alle Bedarfsgegenstände selbst herzustellen, sie sperrten sich gegen die fremden Dinge ab, weil sie darin eine Verewichlichung der Sitten erblickten, sie hielten fest am Altergebrachten, an dem Urtäterhausrat und gegen das Neue hatten sie eine starke Abneigung. Ihr Horizont reichte nicht über ihr Dorf hinaus; soweit man den Kirchturm sehen konnte, reichte ihr Interesse, sie verkehrten in eng begrenzten Umfängen, Kleinigkeitshändlern, Krähwinkelern und Kirchturnspalier drückte ihrem Fühlen, Denken, Wollen und Handeln den Stempel auf. Wie Goethe einmal sagt: „Im engen Kreis verengert sich der Sinn.“ Noch heutzutage gibt es abgelegene Dörfer oder Bauernhöfe, in denen die Krähwinkelei die Menschen beherrscht.

Im Laufe der Zeit erweiterten sich die menschlichen Bedürfnisse, die Menschen traten mit fremden Menschen in Berührung und lieferten sich gegenseitig Bedarfsgegenstände. Der Austausch setzte ein. Zum Schutze gegen die Feinde schlossen sich die Menschen in befestigte Städte ein und so entstand als neue, höhere Stufe die Stadtwirtschaft. Innerhalb des Weichbildes einer Stadt wurden alle Bedarfsgegenstände hergestellt, die Bewohner der Stadt trieben Ackerbau und Viehzucht, Handwerk und Gewerbe. Ursprünglich wurden nur in seltenen Fällen Gebrauchsgegenstände von außen eingeführt. Man legte Wert darauf, möglichst alles das, was zum Lebensunterhalt gehörte, selbst zu produzieren und sich dadurch von den fremden Menschen unabhängig zu machen. Es wurde streng darauf gehalten, daß der Ruf der Stadt durch die Herstellung guter, unverfälschter Bedarfsgegenstände gewahrt wurde. Die Erzeugnisse mußten echt und geblieben sein, Surrogate (Ersatzstoffe) waren streng verboten, wer minderwertige Waren auf den Markt brachte, verfiel harter Strafe. Die Bewohner der Stadt waren stolz auf die Produkte ihrer Arbeit, fremde Waren galten als minderwertig. In einer solchen Stadtwirtschaft mußte naturgemäß der Geist städtischer Beschränktheit, Pfahlbürgerthum und Lokalpatriotismus entstehen. Das wirtschaftliche und geistige Interesse beschränkte sich auf das Weichbild der Stadt, jede Stadt bildete ein abgeschlossenes Gebiet mit eigenen Wägen, Gerichten, Bräuchen, Gesehen und Rechten. Es kam zu häufigen Kämpfen zwischen den verschiedenen Städten, die sich gegenseitig Fehde anfügten und belagerten. Der Begriff einer Volksgemeinschaft bestand damals noch nicht, der deutsche Kaiser war lediglich der oberste Schutzherr, aber kein Landesherz, die Reichsstädte waren frei und selbständig, die Bewohner besaßen Bürgerrecht und Selbstbewußtsein.

Am Ausgang des Mittelalters verloren die meisten Reichsstädte ihre Freiheit und Selbstständigkeit, sie wurden einem Staate angegliedert und so entstand die Staatswirtschaft als eine neue, höhere Wirtschaftsstufe. Durch die Erfindung des Schießpulvers und der Feuerwaffen erlosch die Macht der Fürsten, die mit Hilfe stehender Heere die alte Gemeindefreiheit vernichteten und die ehemals freien Bürger und Bauern zu Untertanen erniedrigten. Auch innerhalb der Grenzen eines Staates sollte alles das hergestellt werden, was zum Lebensunterhalt nötig war. Die Landesherren waren sorgfältig darauf bedacht, daß möglichst wenig Geld für fremde Ware ins „Ausland“ ging, nämlich in die Nachbarstaaten. Darum war der Verbrauch von Lebensmitteln, die man nicht selbst herstellen konnte, unterjagt: echter Kaffee, Tabak, Wein usw. durfte nicht eingeführt werden, die Einwohner des Staates sollten eine selbstwirtschaftende Arbeits- und Lebensgemeinschaft bilden. Eine solche Staatswirtschaft erzeugte ein Nationalgefühl, den Geist des Nationalismus, der noch heute nicht ausgestorben ist, wie wir dies an dem Verhalten der Bayern, der Welfen, der preussischen Junker und anderer Rheinländer dem Deutschen Reich gegenüber deutlich beobachten können. Der neu aufkommende Nationalismus, den man im eigentlichen Mittelalter nicht gekannt hatte, wurde noch künstlich genährt durch die Fürsten und Obrigkeiten, die Schule und Kirche in den Dienst dieses Gedankens stellten. In den Schulen wurde die heranwachsende Jugend mit dem nationalistischen Geiste erfüllt — man lese nur einmal die Lesebücher und Liederbücher durch und betrachte den Geschichtsunterricht — und auf dem Gebiete des Kirchenwesens machte sich eine Bewegung bemerkbar, Nationalkirchen zu errichten, um die Universalität des Christentums zu zerreissen. Der Landesherz war der summus episcopus, der oberste Bischof (der Paps) im Lande, er bestimmte die Religion seiner Untertanen, denen er die Art der Religionsausübung vorschrieb. So wurden die Bewohner eines Landes zu einer Nation, die in sich einen besonderen, eigenartigen Geist entwickelte.

Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, als der moderne Kapitalismus seine Schwünge entfaltete und neue Verkehrswege schuf, wurden allmählich die Schranken und Grenzpfähle zwischen den einzelnen deutschen Staaten niedergedrückt. Es entstand zunächst der Zollverein und dann das Deutsche Reich als eine neue Wirtschaftsgemeinschaft. Die Volkswirtschaft erschien auf der Bildfläche, das deutsche Volk fühlte sich als eine wirtschaftliche, politische und seelische Einheit, der Begriff Deutschland, der früher nur als schöner Traum in den Köpfen weiltüchtiger Männer gelehrt hatte, wurde zu einer Tatsache. Bezeichnend ist, daß auch wieder der Wille aufkam, allen Lebensbedarf im eigenen Lande zu decken, weshalb man sich durch hohe Zölle gegen das Ausland absperrte. Noch bis zum Weltkriege lebte in den deutschen

Agrarern die Illusion, daß Deutschland sich selbst ernähren könne und deshalb keine ausländischen Lebensmittel bedürfe. Die Volkswirtschaft erzeugte ein Volkseinkommen, und wie das Nationalgefühl sich zu einem Nationalstolz entwickelte, so ermuht auch in den Volksgenossen der Stolz, einem besonderen, ebleren, besseren Wolfe anzugehören. Die mittelalterlichen Menschen hatten kaum gewußt, daß sie Deutsche waren und die Bewohner der verschiedenen spätmittelalterlichen Staaten fühlten sich in allererster Linie als Preußen, Bayern usw. Jetzt erst, mit der Entstehung der Volkswirtschaft, fühlten sich die Deutschen als Glieder eines Volkes, das allen andern Völkern gegenüber besondere Vorzüge hatte. Man sang mit Stolz das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles!“, während das Lied: „Ich bin ein Preuße“ langsam in Vergessenheit geriet. Das Volksbewußtsein wurde, wie das Nationalgefühl, künstlich gesteigert durch Schule und Kirche, durch Dichter und Künstler, durch Schützen-, Turn- und Kriegervereine, durch patriotische Veranstaltungen aller Art. Man sprach sogar von einem deutschen Gott und hier und da tauchte der Plan auf, die alten deutschen völkischen Götter wieder auf den Thron zu setzen. Wie stark ausgeprägt das Gefühl der Volksgemeinschaft in dem modernen Menschen ist, hat sich beim Ausbruch des Weltkriegs in allen Ländern gezeigt.

Im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts setzte die Entwicklung zur Weltwirtschaft ein, zur höchsten Wirtschaftsstufe, die darauf beruht, daß alle Völker und Länder der Kulturwelt eine einzige Wirtschaftsgemeinschaft bilden, indem sie gegenseitig für einander arbeiten und ihre Waren gegenseitig austauschen. Der Drang zur Weltwirtschaft hat seine Ursachen in der Vergrößerung, Vervielfältigung und Verfeinerung der Bedürfnisse, sowie in der Vervollkommnung der Verkehrs- und Transportmöglichkeiten durch Eisenbahnen und Dampfschiffe. Die Teilung der Arbeit, die bereits auf den früheren Wirtschaftsstufen unter den Menschen und Gruppen durchgeführt worden war, sollte jetzt unter den Völkern durchgeführt werden. Jedes einzelne Volk sollte die Waren herstellen, zu deren Herstellung es infolge seiner Naturkräfte, seiner Technik und seiner Geschicklichkeit am besten geeignet war. Man träumte bereits von der Menschheit als einer großen Völkergemeinschaft, deren Glieder sich gegenseitig förderten und unterstützten. Diese Entwicklung zur Weltwirtschaft rief zunächst eine merkwürdige Umwandlung der Bewertung der Gebrauchsgegenstände hervor. Während früher das Selbsthergestellte, das Einheimische höher geschätzt wurde und das Fremde als minderwertig galt, bevorzugte man nunmehr das Ausländische, Exotische, und wenn man ein Ding geringschätzig betrachtete, sagte man, es sei nicht weit her. Die „besseren“ Leute in Deutschland aßen mit Vorliebe französische Boullarden, ungarischen Gulasch, englisches Beefsteak, italienischen Salat und russischen Kaviar, sie tranken spanische Weine, französische Liköre, schottischen Whisky und pfälzer Bier, sie trugen englische Stoffe nach der neuesten Pariser Mode. Die Ausländer, die Bevorzugung des Ausländischen, zeigte sich auch auf dem Gebiete der Literatur, der Musik, der Kunst, des Theaters usw. Daneben entwickelte sich auch im sozialen Bewußtsein der Menschen der internationale Gedanke, das Weltbürgertum trat als Konkurrent auf neben dem Nationalismus und drängte das völkische Bewußtsein zurück. Die Weltwirtschaft ist der Nährboden des Weltbürgertums, weil sie die Menschen der ganzen Welt einander näherbringt und ihnen klarmacht, daß sie voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind. Alles strebte nunmehr nach Internationalität: nicht nur die Proletariate, auch die Gelehrten, die Künstler, die Aerzte, die Ingenieure fühlten und dachten international, weshalb sie auf internationalen Kongressen ihre Erfahrungen und Kenntnisse austauschten. Selbst die Kapitalisten der einzelnen Länder gründeten internationale Unternehmungen, indem sie ihr Kapital zusammenlegten und die Gewinne unter sich verteilten.

Der internationale Gedanke hat vor dem Weltkriege eine bedeutende Rolle gespielt, er beherrschte die Köpfe, Gemüter und Herzen der Menschen und nur verborgene Reaktionen wollten von ihm nichts wissen. Schon träumte man von einer Völkerverbrüderung und einem Weltfrieden, von einer Beseitigung der Kriege, von einem friedlichen Wettbewerb der Völker. Lieferblickende Menschen sahen allerdings unter der Oberfläche die wirtschaftlichen Gegensätze der Kapitalisten auch auf dem Weltmarkt, die um den Platz an der Sonne, um den höchsten Profit kämpften. Dieser Interessenkampf, der immer schärfer und erbitterter wurde, führte schließlich zum Weltkriege, in dem die Weltwirtschaft und mit ihr der Internationalismus zusammenbrach. Weil das soziale Bewußtsein der Menschen, wie wir sahen, durch das Wirtschaftsleben beeinflusst, wenn nicht gar bestimmt wird, so darf man sich nicht wundern, daß in dem Augenblicke, als die Völker wieder auf die Stufe der Volks- und Nationalwirtschaft zurückgeschleudert wurden, auch der Internationalismus verschwand und dem Nationalismus der Platz räumte.

## Das russische Genossenschaftswesen

Bei den Erörterungen über den Wiederaufbau Rußlands spielt gewöhnlich der Hinweis auf die russischen Genossenschaften eine große Rolle. Man hofft im Auslande immer noch, daß diese einst so blühenden Organisationen, deren Filialen sich in den entlegenen sibirischen Urwaldbezirken fanden, die Träger eines neuen internationalen Warenaustausches mit Rußland werden könnten. Es scheint aber, als ob man auch in dieser Beziehung für die nächste Zukunft nicht zu sehr optimistisch sein dürfe. Bisher war man für die Beurteilung der Lage der russischen Genossenschaften in der Hauptsache auf bösewärtige Veröffentlichungen angewiesen. Neuerdings hat aber im Auftrag des Österreichischen Instituts in Dresden der ehemalige Professor der technischen Hochschule Novosibirsk, Dr. Ernst Fuchner, eine bis in die neueste Zeit reichende Darstellung der russischen Genossenschaftsbewegung veröffentlicht, die unendlich viel Material enthält, das bisher in Deutschland unbekannt war. Dr. Ernst Fuchner war selbst viele Jahre im russischen Genossenschaftswesen tätig. Nach seinen Mitteilungen ist durch die Einmischung der Sowjetregierung in die Geschäftsführung der Genossenschaften fast alles vernichtet worden, was in jahrzehntelanger, mühsamer Arbeit aufgebaut wurde.

Der genossenschaftliche Gedanke ist allerdings bei den russischen Bauern und Arbeitern lebendig geblieben und das berechtigt zu der Hoffnung, daß es dereinst gelingen wird, das Genossenschaftswesen in Rußland von Grund aus neu aufzubauen. Aber die augenblickliche Lage äußert sich Dr. Fuchner folgendermaßen:

An Stelle der ehemaligen Lebensvollen, zu weiterer Expansion fähigen, zur Lösung großer Wirtschaftsaufgaben bereiten, bei der Bevölkerung beliebten freien Genossenschaften war gegen Ende des Jahres 1920 in ganz Rußland nur eine einhellige, schwerfällige, rein bürokratische Maschine vorhanden, die alle schlechtesten Züge der zaristischen Bürokratie aufwies und die infolgegebeim jeder inneren moralischen Kraft bar war. Unfähig, der Bevölkerung außer dem Allernotwendigsten — in höchst beschränktem Maße — Nennenswertes zu geben, gleich die neue „Genossenschaftsorganisation“ den übrigen vom Kommunismus geschaffenen Gebilden, nur mit dem Unterschiede, daß ihre Mängel von der Bevölkerung am stärksten empfunden wurden. Demokratische Wahl und

Selbstbestimmung waren vollkommen ausgeschlossen. Das Leben und die Tätigkeit der Genossenschaften ordnete sich auf Grund von Befehlen, die von den oberen genossenschaftlichen Gremien (Centrososjuz) ausgingen. Die ernannten Vorstandsmitglieder (sind) sich nicht um die Bedürfnisse der Mitglieder kümmerten, die von den alten Sünden ihrer Gattung nichts verbergen haben und von neuen Gesichtspunkten nichts wissen wollen. Vor allem ist ihnen die Meinung der Mitglieder (die laut Gesetz an die Genossenschaften gebunden sind) über ihre Tun und Lassen im höchsten Grade gleichgültig. Ihr Verhalten richtet sich vielmehr darauf, durch Aufmerksamkeit und gute Gaben in der Meinung der Vorgesetzten, von denen sie sich vollkommen abhängig wissen, gut abzuschneiden. Die Lage der unteren Angestellten ist keineswegs besser als früher. Vielfach werden sie durch beständiges Androhen von Strafen und zuweilen auch durch deren Anwendung zur Arbeit angehalten. Alle den Genossenschaften gehörenden Fabriken und sonstigen Produktionsbetriebe (mit ganz wenigen Ausnahmen), die das letzte Ruhestadium in der Entwicklung der Genossenschaften bildeten, waren von den alten Genossenschaftsapparaten getrennt und anderen Institutionen, zum Beispiel dem Rat der Volkswirtschaft, dem Ackerbauministerium und anderen übergeben. Statt rauchender Schöte und hämmernder Werke meist Totenstille. Der genossenschaftliche Kredit war reflexlos aus der Welt geschafft. Die ehemaligen, gegenwärtig bis zur Unkenntlichkeit verfallenen genossenschaftlichen Organisationen (sind) in Schulden, die um vieles ihr Minimum übersteigen. Der Staat, dem es darauf ankommt, zu zeigen, daß seine Organisationen gut arbeiten, schaut keine Mittel, um das Leber dieser Institutionen aufrecht zu erhalten. Ein Darlehen folgt dem anderen. Die eigenen Guthaben und sonstigen Umlaufmittel der Genossenschaften sind längst auf Heller und Pfennig verbraucht. Der Zwang, den Platz nach vom Staate festzusetzen, überaus niedrigen Preisen zu betreiben, der Mangel an Waren (sein Umsatz) und die Notwendigkeit, drei bis viermal mehr Angestellte zu halten, als bei zweckentsprechender Organisation nötig wäre, steigern die Defizite der einzelnen Organisationen geradezu ins Ungeheuerliche. Und der Staat pumpt seine entwerteten Papierrubel in die sich nimmer füllenden Schläuche.

Der Wiederaufbau des russischen Genossenschaftswesens wird vor allem dadurch erschwert, daß die Mehrzahl der zum vorgebildeten Genossenschaftsbeamten der beständigsten Tscheka zum Opfer gefallen oder ins Ausland geflüchtet sind. Es wird jahrelanger Arbeit bedürfen, um hier wieder einen brauchbaren Nachwuchs heranzubilden.

## Entschädigungspflicht nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches

Das Betriebsratsmitglied D. S. ist als Schöffe ausgelost. Als Entschädigung für eine Gerichtsitzung bekommt er den Höchstlohn von 30 M durch die Gerichtskasse ausgezahlt. Vier Stunden zehn Minuten ist er von seiner Arbeitsstätte ferngehalten, hat also eine Lohnentbehrung (ohne die 30 M Entschädigung) noch von 26,08 M. Auf Grund des § 616 des BGB verlangt er vom Arbeitgeber diesen Betrag, da er nach den Vorschriften des § 616 infolge unverschuldeter und nicht erheblicher Verhinderung eine Entbehrung nicht zu tragen braucht.

Die beklagte Firma beantragte Abweisung der Klage, da sie verpflichtet sei, für Dienstleistungen, die der Staat beantrage, die Kosten zu tragen. Das Amt eines Schöffen sei ein Ehrenamt und wenn der Staat durch die Geldentwertung bei seiner Entschädigung nicht Schritt halte, so gehe es über den Rahmen des § 616 hinaus, wenn der Arbeitgeber für entgangenen Arbeitsverdienst haftbar gemacht werden solle. Demnach sei § 616 regle nur soziale Aufgaben, verpflichte aber nicht, Lohnentbehrung zu entschädigen, die durch den Staat entstehen. Im übrigen sei es eine reine Gewerkschaftsangelegenheit, da ja die Schöffen von den Gewerkschaften vorgeschlagen würden.

Das Gewerbegericht Beilz fällt am 10. Mai 1922 folgenden Spruch: Die Entscheidung des Rechtsstreites hängt davon ab, ob die Verpflichtung zum Dienst als Schöffe eine derartige unverschuldete Verhinderung darstellt, wie sie gemäß § 616 den Anspruch auf Vergütung unberührt läßt. Nach dem Wortlaut des § 616 kann man im Zweifel sein. Offenbar setzt diese Bestimmung voraus, daß das Dienstverhältnis zwischen den Parteien auch während der Verhinderung voll aufrecht erhalten bleibt, und ob dies hier der Fall ist, kann bezweifelt werden. Die Meinung, daß das Dienstverhältnis durch die staatliche Inanspruchnahme des Dienstverpflichteten unterbrochen wird und die beiderseitigen Verpflichtungen während einer solchen Verhinderung ruhen, hat viel für sich. Auch in der Natur des Schöffendienstes liegt nichts, was dagegen spräche, zumal der Staat bis zu einer gewissen — der heutigen Geldentwertung allerdings nicht mehr entsprechenden — Höhe eine Entschädigung gewährt und schlimmstenfalls eine Ablehnung nach § 35 Ziffer 6 des Gerichtsverfassungsgesetzes vornehmen kann. Zudem ist diese Vorschrift des § 616 nach überwiegender Meinung nicht zwingendes Recht, sondern durch Vereinbarung abänderbar und gilt also nur, soweit nicht durch Tarifvertrag, Fabrikordnung usw. eine andere Regelung als gültig getroffen ist. Nach der Entstehungsgeschichte des Gesetzes ist das jedoch falls der leitende Gedanke gewesen, daß der Dienstberechtigte die Gefahr unverschuldeter Zurücksetzung, wie Krankheit, Unfälle, außerordentliche Familienverhältnisse, Geburten- und Todesfälle und dergleichen tragen solle, wenn diese zu einer erheblichen Verhinderung der Dienstleistung führen.

Die Rechtsprechung der Gerichte ist darüber hinausgegangen und hat diesen § 616 auch in Fällen angewandt, wo im öffentlichen Interesse die Tätigkeit des Dienstverpflichteten vorübergehend in Anspruch genommen wird, ohne Rücksicht darauf, ob diese Tätigkeit eine Entschädigung gezahlt wird oder nicht. Demnach ist auch für die als Schöffe veräumte Arbeitszeit der Kläger D. S. der Anspruch auf die Vergütung nicht veräußert gegangen. Da der geforderte Betrag unstreitig den Teil der Arbeitsvergütung darstellt, der die empfangene Entschädigung übersteigt, mußten durch diese nicht zum Erlöscher gebracht ist, so war dem Klageantrag stattzugeben. Die Kosten hat die beklagte Firma zu tragen.

Wir hatten kein anderes Urteil erwartet. Für richtig halten wir es aber nicht, daß durch Tarifvertrag, Fabrikordnung usw. der § 616 außer Kurs gesetzt werden könnte. Eine Fabrikordnung, die bestimmt für einen kleineren engumschlossenen Kreis von Arbeitnehmern, kann nicht Bestimmungen und Paragraphen eines Reichsgesetzes außer Kurs setzen, denn ein Gesetz — besonders der § 616 BGB — soll ja einen sozialen Schutz darstellen auch für die, die von einer Fabrikordnung erfaßt sind. Dagegenüber Urteile sind auch schon ergangen.

Richard Dietrich (Beilz)

## Der deutsche Arbeitsmarkt

Die günstige Entwicklung der Arbeitsmarktlage in Deutschland hat bis Ende Mai angehalten. In verschiedenen Gewerben, vor allem im Baugewerbe, in der Metall- und Eisenindustrie und im Bergbau, besteht fühlbarer Mangel an gelernten Arbeitskräften. Nach den Meldungen von 570 deutschen Städten (über 1000 Einwohner) betrug die Gesamtzahl der unterfüllten Vollerwerbslofen am 27. Mai dieses Jahres 22027 gegen 24688 in der vorangegangenen Woche. Für einige Großstädte ergeben sich folgende Arbeitslosenziffern:

	7. Januar	27. Mai		7. Januar	27. Mai
Altona	984	210	Rönigsberg	4418	694
Breslau	4480	2439	Selzig	2793	688
Dresden	4011	688	Winnichen	2858	688
Hamburg	6469	2584	Wlauen	1494	71
Kiel	2916	654			

In Groß-Berlin wurden Ende Mai nur noch 8445 Arbeitslose gezählt, gegen 56471 bei Beginn des laufenden Jahres.

